

Europäische Integration und die wirtschaftlich weniger entwickelten Gebiete

Autor(en): **Wyler, Georg**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **48 (1956)**

Heft 2

PDF erstellt am: **14.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-353726>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Rechtes würde aber auch der Beweis erbracht, daß ein kleines Volk nicht nur im Augenblick der Gefahr seine innere sittliche Kraft bewahren kann und vom ehrlichen Willen getragen ist, einander brüderlich zu helfen, sondern auch in jenen Zeiten, wo die Wirtschaft in Blüte steht und die Menschen glauben, weniger aufeinander angewiesen zu sein, weil kein Feind die Heimat der Reichen wie der Armen bedroht.

Geben wir uns keinen Täuschungen hin und seien wir uns voll auf bewußt, daß der Weg zu einem solchen Zustand mühsam und voller Enttäuschungen ist. Erinnern wir uns aber dabei eines unserer bedeutendsten Schweizer: *Jeremias Gotthelf*, der sagt: *«Wer es nicht der Mühe wert findet, bessere Zeiten herbeiführen zu helfen, der ist auch nicht gut genug für bessere Zeiten.»*

J. Wanner, Luzern.

Europäische Integration und die wirtschaftlich weniger entwickelten Gebiete

Seitdem bereits vor acht Jahren Belgien, Holland und Luxemburg durch die Gründung der Benelux-Zollunion einen ersten entscheidenden Schritt zur europäischen Wirtschaftsintegration getan haben, ist der Integrationsprozeß Europas in verschiedener Hinsicht weitergeführt worden. Von wesentlicher praktischer Bedeutung hat sich insbesondere die Gründung der Europäischen Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC), der Europäischen Zahlungsunion (EPU) und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) erwiesen. Mit Genugtuung darf man heute feststellen, daß der Integrationsgedanke allmählich die nationalen Gegensätze zu überbrücken vermag und den Weg zu einer besseren Zusammenarbeit weist. Es kann keinem aufmerksamen Beobachter der wirtschaftlichen Entwicklung entgehen, daß die wirtschaftliche Verflechtung der europäischen Länder in den letzten Jahren stark zugenommen hat, wobei allerdings der Ost-West-Gegensatz praktisch zur Lostrennung der osteuropäischen Länder von den Ländern des Westens geführt hat.

Die europäische Wirtschaftsintegration erfaßt erfreulicherweise nicht allein die wirtschaftlich am höchsten entwickelten Länder, sondern auch die weniger entwickelten. Zur OEEC, welche im Jahre 1948 gegründet wurde, gehören heute — mit Ausnahme der osteuropäischen Länder und Finnlands — praktisch alle europäischen Länder; Jugoslawien und Spanien sind zwar nicht Mitglieder, nahmen aber seit kurzem als Beobachter an den Beratungen der OEEC (und EPU) teil. Einen erheblich kleineren Kreis von Ländern vereinigt die 1951 gegründete Montanunion; ihr gehören außer den

Beneluxländern lediglich noch Frankreich, die Deutsche Bundesrepublik und Italien als Mitglieder an. Auch die jüngsten Vereinbarungen, welche auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens zu einer engeren internationalen Zusammenarbeit führen, sind geographisch nicht so umfassend ausgefallen.

Die Ausweitung des Kreises der in die Integration einbezogenen Länder hat, wie die Erfahrungen zeigen, manche Schwierigkeiten im Gefolge. Ganz abgesehen von gewissen politischen und soziologischen Hemmnissen steht der Integration auch der ungleiche Grad der wirtschaftlichen Entwicklung der einzelnen Gebiete hindernd im Wege. Die Kluft zwischen den hoch und wenig entwickelten Gebieten wirkt der Wirtschaftsintegration entgegen. Wirtschaftlich ungleichmäßig entwickelte Gebiete lassen sich nur dann harmonisch zu einer höheren Einheit verbinden, wenn die wirtschaftlich weniger entwickelten Gebiete durch eine aktive Regionalpolitik gefördert werden.

Die Bedeutung der wirtschaftlich weniger entwickelten Gebiete hat sich übrigens auch bei der Gründung der Zollunion der Beneluxländer geltend gemacht. Da namentlich einzelne Teile der Niederlande wirtschaftlich erheblich geringer entwickelt waren, ist die Durchführung der Unionspläne hier auf starken Widerstand gestoßen. Mit gewissem Recht machte man geltend, daß eine schematische Beseitigung des nationalen Zollschatzes die bereits bestehende ungünstige Lage in den exponierten Gebieten noch verschlimmern würde.

Noch weit stärker variiert der wirtschaftliche Entwicklungsgrad in den mediterranen Ländern, verglichen mit den hochindustrialisierten Gebieten Mittel- und Westeuropas. Die geringe wirtschaftliche Aktivität und das niedrige Einkommensniveau Südeuropas (wie auch Nord-Skandinaviens) springen in die Augen. Eindrücklich werden die massiven Unterschiede durch eine statistische Uebersicht der OEEC illustriert.

Volkseinkommen pro Kopf
der Bevölkerung im Jahre 1951
in Dollar

Schweiz	1075
Schweden	965
Belgien	815
Großbritannien	800
Niederlande	560
Irland	390
Griechenland	280
Portugal	200
Südtalien	195
Türkei	190

Obwohl ein bloßer Geldwertvergleich die Kaufkraftunterschiede nicht berücksichtigt, geht aus diesen Angaben klar hervor, daß auch Europa seine «under-developed areas» hat. Dieser Tatsache hat die Wirtschaftsintegration Rechnung zu tragen.

Es darf als ein erfreuliches Zeichen gewertet werden, daß man seit dem Zweiten Weltkrieg den Fragen der Entwicklung der wirtschaftlich zurückgebliebenen Gebieten immer mehr Aufmerksamkeit schenkt und es dabei nicht bloß mit Plänen sein Bewenden haben läßt. Gerade auch in Europa haben diese Bestrebungen große Fortschritte gemacht. Allerdings wird man sich hüten müssen, mit einem raschen Ausgleich der Niveauunterschiede zu rechnen. Im Gegensatz zum Wiederaufbau der kriegsverwüsteten Industriegebiete Europas wird diese Aufgabe erheblich mehr Zeit erfordern. Die ungünstigen klimatischen Verhältnisse, die schlechte Verkehrslage und der geringe berufliche Bildungsgrad der Bevölkerung behindern hier natürlich auch in Zukunft die Entfaltung der wirtschaftlichen Aktivität. Nichtsdestoweniger bleibt es ein dringendes Gebot, die Förderung der wirtschaftlich ungenügend entwickelten Gebiete energisch und zielbewußt an die Hand zu nehmen.

Die Regionalpolitik Italiens

Wohl das kühnste wirtschaftliche Entwicklungsprogramm in Europa ist von der italienischen Regierung aufgestellt worden. Dieses Land weist bereits seit vielen Jahrzehnten sehr starke Unterschiede des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Standards auf. Während Norditalien recht stark industrialisiert ist und sich heute eines ausgesprochen regen wirtschaftlichen Lebens erfreut, liegen die Dinge in Süditalien nur allzusehr im argen. Tatsächlich ist fast die ganze Apenninenhalbinsel südlich von Rom sowie Sizilien und Sardinien als wirtschaftlich ungenügend entwickelt anzusprechen. Die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erfolgte Vereinigung mit Norditalien zu einem einzigen Staatswesen war nicht von einem automatischen marktwirtschaftlichen Ausgleich begleitet, sondern hat — wie es scheint — infolge des Fehlens einer konstruktiven Regionalpolitik das wirtschaftliche Gefälle eher noch verstärkt.

Die von der italienischen Regierung getroffenen Maßnahmen zur wirtschaftlichen Hebung Süditaliens betrafen zunächst vor allem die Landreform. Doch dabei blieb die Regierung nicht stehen; sie hat die Regionalpolitik schrittweise ausgebaut und intensiviert. Im Jahre 1950 ist in diesem Sinne ein 12-Jahres-Plan aufgestellt worden, der auf die systematische Entwicklung des Sozialkapitals und die Förderung der Industrialisierung in Süditalien hinzielt. Die im Rahmen dieses Planes geschaffene «Cassa per il Mezzogiorno» (Südkasse) dient vor allem der Finanzierung des Straßenbaus, der Bodenmeliorationen, der Urbarmachung, der Eindeichung von Flüssen und

Bächen usw. Es ist vorgesehen, daß im Verlaufe der zwölf Jahre insgesamt 1280 Mia Lire aufgewendet werden sollen. Der auf eine Umwandlung der Wirtschaftsstruktur Süditaliens hinzielende Plan will aber auch einen sofortigen Beitrag zur Hebung des Lebensstandards leisten. Daß diesem Nahziel sehr starke Beachtung geschenkt wurde, geht unter anderem daraus hervor, daß in den ersten drei Jahren des Bestehens der Südkasse bereits 38,5 Mia Lire Lohnsumme ausbezahlt wurden. Ganz abgesehen davon, daß dadurch durchschnittlich 100 000 Arbeitslose wieder in den Arbeitsprozeß eingeschaltet werden konnten, hat sich die Kaufkraft der Bevölkerung merklich verbessert.

Noch weitreichender als dieser Plan ist der auf zehn Jahre sich erstreckende «Vanoni-Plan», welcher im Januar dieses Jahres vom italienischen Budgetminister *Ezio Vanoni* der Öffentlichkeit vorgelegt worden ist. Der «Vanoni-Plan» bringt zwar nichts Neues im Vergleich zur bisherigen Wirtschaftspolitik der Regierung, doch überschreitet das Ausmaß der vorgesehenen Maßnahmen die Größenordnung der bis dahin getätigten Investitionen um ein bedeutendes. Nach den Schätzungen des Schöpfers dieses «Mammutplanes» wird ein Investitionsvolumen von insgesamt 35 000 Mia Lire (also über 200 Mia sFr.) notwendig sein. Das von der Regierung offiziell als «Schema der Entwicklung der Beschäftigung und des Einkommens im Zeitraum 1955 bis 1964» bezeichnete Programm umfaßt folgende fünf Hauptziele:

1. Schaffung von 4 Mio Arbeitsplätzen für die 1,8 Mio Ganzarbeitslosen, 900 000 Teilarbeitslosen und 2 Mio in den zehn Jahren hinzuwachsende Arbeitskräfte (wovon etwa 800 000 Auswanderer abgerechnet werden können).
2. Ausgleichung der passiven Handelsbilanz durch vermehrten Export.
3. Steigerung des Volkseinkommens jährlich um etwa 5 Prozent.
4. Erstellung von Wohnungsneubauten mit insgesamt 13 Mio Zimmern.
5. Schaffung einer genügend großen Reserve gelernter Arbeiter durch ein staatliches Ausbildungsprogramm für Ungelernte.

Wenn auch der «Vanoni-Plan» grundsätzlich das ganze Land in die Betrachtungen einbezieht, wird trotzdem auch hier besonderes Gewicht auf die wirtschaftliche Förderung Süditaliens gelegt. Ungefähr die Hälfte der Investitionen des Staates soll Süditalien zugute kommen.

Es ist verständlich, daß die Regierung hofft, bei ihren Bemühungen von andern Ländern unterstützt zu werden, sei es durch direkte Finanzhilfe oder durch Oeffnung des Kapitalmarktes für Anleihen. Daß eine solche Bereitschaft besteht, geht unter anderem aus der

Tatsache hervor, daß die Vereinigten Staaten von Amerika bereits im Mai dieses Jahres die Wirtschaftshilfe an Italien um 50 Mio Dollar erhöht haben. Ferner wurde im gleichen Monat vom «Istituto Mobiliare Italiano» eine große Anleihe zur Finanzierung von Wasserkraftanlagen auf dem schweizerischen Kapitalmarkt placiert.

Die Regionalpolitik in den andern Ländern Europas

Es würde zu weit führen, an dieser Stelle auf alle regionalpolitischen Maßnahmen der europäischen Länder einzugehen. Die Vielfalt der Formen der Regionalpolitik in den verschiedenen Ländern trägt den nationalen Besonderheiten Rechnung. Es ist auch zu beachten, daß in manchen Ländern faktisch Regionalpolitik betrieben wird, ohne daß ein systematisches Entwicklungsprogramm vorliegt.

Eine besonders wichtige Rolle spielt die Regionalpolitik in den Randzonen Europas. Etwas überspitzt formuliert, könnte man sagen, daß die Notwendigkeit und Bedeutung der Regionalpolitik größer wird, je weiter ein Gebiet vom industriellen Kernland Europas entfernt gelegen ist.

Starke Bestrebungen zur regionalpolitischen Planung bestehen gegenwärtig in Portugal, Frankreich und Griechenland. In Portugal wird die Förderung der wirtschaftlich ungenügend entwickelten Gebiete im Rahmen des 1953 geschaffenen 6-Jahres-Planes an die Hand genommen. — In Frankreich ist ein erster Modernisierungs- und Entwicklungsplan durch *Jean Monnet* inspiriert worden. Gegenwärtig steht ein zweiter Modernisierungsplan in Kraft, der nicht nur die Schlüsselindustrien, sondern auch die Landwirtschaft und die verarbeitende Industrie zu entfalten sucht. Die Regierung ist vom Parlament ermächtigt worden, die nötigen Vorkehrungen zu treffen, um in den wirtschaftlich zurückgebliebenen Gebieten die Umstellung der Landwirtschaft, das Entstehen neuer Industrien und die Expansion des Tourismus zu begünstigen. Zur Finanzierung der Investitionen sind regionale Entwicklungsgesellschaften vorgesehen, die verschiedene steuerliche Vergünstigungen genießen werden. — Ueberaus schwierig gestaltet sich die Aufbauarbeit in Griechenland, da nahezu das ganze Land wirtschaftlich notleidend ist. Die griechische Regierung arbeitet gegenwärtig ein umfassendes Entwicklungsprogramm aus, das den Weg zur Beseitigung des Handelsbilanzdefizites, zur Rationalisierung der Landwirtschaft und Industrie und zum Ausbau des Bergbaus und der Energiewirtschaft weisen soll.

In Großbritannien und in den Niederlanden wird schon seit Jahren eine aktive Regionalpolitik betrieben, deren Charakteristikum in einem Lizenzsystem zur Förderung der industriellen Dezentralisierung liegt. In Schweden sucht man mittels eines regionalen Beratungsdienstes für Industrielle dasselbe Ziel zu erreichen. Andere Förderungsmaßnahmen liegen in der Hand der lokalen Behörden und des

nationalen Produktionsrates. In Norwegen ist vom Staat ein Entwicklungsfonds zur finanziellen Hilfe an die Industrie in den zu entwickelnden Regionen geschaffen worden. Im übrigen besteht in Norwegen ein ähnliches Lizenzsystem wie in Großbritannien. Spezielle Aufmerksamkeit schenkt Norwegen der Erzförderung und der Stahlindustrie im nördlichen Landesteil; durch staatliche Gelder werden neue Werke finanziert. In ähnlicher Weise greift zum Teil auch Schweden direkt in die Industrialisierung im Hohen Norden ein.

Die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit

In einer ganzen Reihe europäischer Länder ist die Durchführung der Regionalpolitik nur unter der Voraussetzung einer internationalen Wirtschaftshilfe möglich. Der Gedanke bilateraler und multilateraler Zusammenarbeit der Länder ist in den vergangenen Jahren bereits vielfach erprobt worden, und zwar recht erfolgreich.

Im Vordergrund der auf bilateraler Basis geleisteten Hilfe steht diejenige der USA. Bereits kurz nach Ende des Zweiten Weltkrieges haben die Vereinigten Staaten enorme Mittel zur Wirtschaftshilfe an europäische Länder zur Verfügung gestellt. Auf Anregung des damaligen amerikanischen Staatssekretärs John Marshall wurde 1947 ein Europäisches Wiederaufbauprogramm (ERP) geschaffen, das die europäische Wirtschaftsentwicklung in der Folge sehr nachhaltig beeinflußt hat und der europäischen Wirtschaftsintegration einen entscheidenden Auftrieb gab.

Genau genommen hat die amerikanische Wirtschaftshilfe auch unmittelbar den Anstoß zur Gründung der OEEC gegeben, welche sich im Unterschied zum ERP als dauernde Institution zu behaupten vermochte. Auf dem Gebiete der Regionalpolitik hat die OEEC bisher selbst nur eine beratende Funktion ausgeübt. Am guten Willen zur gesamteuropäischen Förderung der Regionalpolitik fehlt es zweifellos nicht; hiefür geben die Beratungen und Publikationen der OEEC und ihrer Tochterorganisation, der Europäischen Zahlungsunion, ein beredtes Zeugnis. Die OEEC wird jedoch erst dann wirksam die europäische Regionalpolitik fördern können, wenn sie über genügende finanzielle Mittel verfügt. Gegenwärtig ist man erfreulicherweise daran, diese Lücke durch die Errichtung eines europäischen Fonds der Mitgliedstaaten der OEEC zu schließen. Der Fonds wird voraussichtlich mit einem Kapital in der Höhe von 600 Mio Dollar ausgestattet werden. Er wird von Fall zu Fall an Länder, welche mit Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu kämpfen haben, Kredite gewähren. Ob eine eigentliche Investitionsbank zur Förderung der europäischen Regionalpolitik dadurch überflüssig gemacht wird, ist allerdings sehr zu bezweifeln. Möglicherweise wird ein derartiges Bankinstitut vorerst lediglich im Rahmen der Montanunion geschaffen; die am 1. Juni dieses Jahres von der Konferenz der Montan-

union-Länder in Messina befürwortete Errichtung eines Wiederaufbaufonds scheint diese Auffassung zu bestätigen. Es wäre indessen sehr zu wünschen, wenn ein derartiges Bankinstitut eine noch größere Zahl von Ländern umfassen würde und eine Doppelspurigkeit von OEEC und Montanunion in dieser Hinsicht womöglich vermieden würde.

Selbstverständlich ist die weitere Förderung der europäischen Regionalpolitik auch im Rahmen der 1946 gegründeten Weltbank möglich. Dieses Bankinstitut hat sich bereits während nahezu zehn Jahren tatkräftig für die wirtschaftliche Gesundung Europas eingesetzt. Bis zum 30. Juni 1954 hat die Bank insgesamt 742 Mio Dollar als Kredithilfe an europäische Länder gewährt, davon 497 Mio Dollar in Form von Wiederaufbauanleihen. In den letzten Jahren ist sie aber im Begriff, sich mehr und mehr den wirtschaftlich unterentwickelten Gebieten außerhalb Europas zuzuwenden. Die Akzentverschiebung kommt im Jahre 1953/54 bereits deutlich zum Ausdruck, stand doch Westeuropa mit einem Kreditbetrag von 49,4 Mio Dollar an letzter Stelle von allen fünf Kontinenten. Da sich die europäischen Länder, gesamthaft betrachtet, wirtschaftlich gut erholt haben, dürften sie andererseits heute in der Lage sein, selbst in vermehrtem Maße finanzielle Mittel zugunsten der Weiterführung der Regionalpolitik im unterentwickelten Europa aufzubringen.

Georg Wyler

Israel — Land der Einwanderer

Wie der jüdische Staat ein gigantisches Flüchtlingsproblem löst

In der Geschichte unserer Zeit mit ihren Grenzbarrieren und oft drakonischen Einwanderungsbeschränkungen ist es etwas Neues und Einmaliges, wenn ein Staat laut seinen eigenen Grundgesetzen nur begründet wird, um Flüchtlingen eine neue Heimat zu bieten. Dieser Staat ist aber keine Utopie. Er wurde am 15. Mai 1948 proklamiert und heißt Israel.

Jüdische Bevölkerung innerhalb von dreieinhalb Jahren verdoppelt bis verzweieinhalbfacht

Schon während der ersten dreieinhalb Jahre seiner Existenz hatte sich die jüdische Bevölkerung des Landes verdoppelt bis verzweieinhalbfacht. Tag und Nacht wanderten innerhalb dieser Zeitspanne 23 Menschen pro Stunde ein. Sie kamen aus allen fünf Erdteilen und aus insgesamt 74 verschiedenen Ländern. So wurde Israel ein soziologisch und wirtschaftlich aufschlußreicher Schmelztiegel, dessen neue Staatsbürger über die Brücke des Hebräischen